



Unionspolitiker Thorsten Frei bittet Bundestagspräsidentin Bärbel Bas um Unterstützung. BILD: DPA

## Union sieht Fragen unbeantwortet

**Berlin** (dpa) Vor dem geplanten Bundestagsbeschluss zum Gebäudeenergiegesetz am kommenden Freitag beklagt die CDU/CSU-Fraktion, die Bundesregierung verletze das Frage-recht der Abgeordneten. Anlass ist eine parlamentarische Anfrage der Unionsfraktion zu offenen Punkten in diesem sogenannten Heizungsgesetz, die nur unvollständig beantwortet worden sei. In einem Protestbrief an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (SPD) heißt es, das Wirtschaftsministerium habe in seiner Antwort „zu zentralen Punkten gegenüber dem Parlament die Auskunft verweigert“. In einem zweiten Schreiben bat der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion Thorsten Frei